

Anfrage Adank betreffend Wirksamkeit der verstärkten Massnahmen im Zusammenhang mit der Beschaffungskriminalität und der Drogensituation

In der Oktobersession 2023 wurde der Auftrag Adank betreffend wirksame Mittel gegen Beschaffungskriminalität diskutiert und im Sinne des Antrags der Regierung überwiesen. Die Regierung wurde damit beauftragt, die erforderlichen Massnahmen zur Stärkung der repressiven Säule der Viersäulenstrategie der Drogenpolitik zu prüfen und – sofern indiziert – umzusetzen. Bei Bedarf sollen zudem zusätzliche personelle Ressourcen beantragt werden, ohne dabei die Massnahmen in den Bereichen Prävention, Therapie und Schadensminderung zu beeinträchtigen.

Nach Rücksprache mit den zuständigen kantonalen und kommunalen Behörden sind seit der Einreichung des Auftrags wesentliche Fortschritte erzielt worden. So hat sich insbesondere die Zusammenarbeit zwischen der Staatsanwaltschaft, dem Amt für Migration und den kommunalen Polizeibehörden weiter intensiviert und optimiert. Während die Kantonspolizei ihren Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Drogenhandels legt, konzentriert sich die Stadtpolizei Chur vornehmlich auf präventive Massnahmen und die Präsenz im öffentlichen Raum.

Ein funktionierender interkantonaler Datenaustausch ist von zentraler Bedeutung; dessen derzeitige Unmöglichkeit schränkt die polizeilichen Ermittlungskapazitäten und präventiven Massnahmen erheblich ein.

Statistische Erhebungen belegen, dass die Beschaffungskriminalität weiterhin auf einem hohen und stabilen Niveau verbleibt. Im Gegensatz dazu hat sich die Situation von Personen ohne festen Wohnsitz deutlich verschlechtert. Insbesondere im Stadtgebiet Chur und dessen Agglomeration wurde keine Dezentralisierung des Problems verzeichnet; vielmehr zeigt sich eine saisonal bedingte Verlagerung in Parkhäuser. Auch die Lage an den Bahnhöfen hat sich durch vermehrte Personenansammlungen verändert.

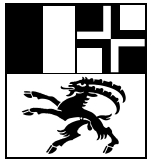
Die zuständigen Behörden weisen zudem darauf hin, dass es von erheblicher Bedeutung ist, die Einsatzbereitschaft und Arbeitsmotivation der Polizeikräfte nachhaltig zu fördern. Der neu eingeführte Lagebericht sowie der regelmässige Austausch zwischen Stadt- und Kantonspolizei haben dazu beigetragen, zeitliche und örtliche Schwerpunkte zu identifizieren, die zu erheblichen Mehrbelastungen – insbesondere an den Stosszeiten am Freitag, Samstag und in den Nachtstunden – führen.

Vor diesem Hintergrund ersuchen wir die Regierung um eine Auskunft zu folgenden Fragen:

1. Welche konkreten Massnahmen ergreift die Regierung, um den interkantonalen Datenaustausch möglichst rasch auch für Graubünden zu realisieren, und welche Position vertritt sie in dieser Angelegenheit?
2. Die Kantonspolizei weist einen Vollbestand aus. Welche Schritte sind vorgesehen, um den Mitarbeitenden die hohe Belastung und die häufigen Einsätze während der Stosszeiten angemessen zu honorieren und einer ungewollten Personalfluktuierung entgegenzuwirken?
3. In der Region wurden fünf betreute Wohnungen eingerichtet, die als eine Entlastungsmassnahme erheblichen Mehrwert bieten. Wurden die Gemeinden bereits direkt dazu befragt, ob sie weitere betreute Wohnungen zur Verfügung stellen können, und welche polizeilichen Begleitmassnahmen werden für diese Einrichtungen vorgesehen?
4. Werden sämtliche gesetzlichen Handlungsoptionen im Bereich der Ermittlung und Bekämpfung konsequent ausgeschöpft?
5. Angesichts der medial hohen Präsenz der neuen Droge Fentanyl stellt sich die Frage, welche spezifischen Vorkehrungen in Graubünden getroffen werden. Wurden bereits regionale Fälle des Handels oder Konsums von Fentanyl festgestellt?
6. Plant die Regierung, der repressiven Säule im Rahmen der Bekämpfung von Beschaffungskriminalität und Drogenmissbrauch zusätzliche finanzielle sowie personelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen?

Chur, 24. April 2025

Adank, Crameri, Pfäffli, Battaglia, Berthod, Berweger, Brandenburger-Caderas, Candrian, Casutt, Cortesi, Della Cà, Derungs (Lumbrein), Durisch, Furger, Gort, Grass, Heim, Koch, Kohler, Lehner, Maissen, Menghini-Inauen, Metzger (Zuoz), Rauch, Righetti, Roffler, Schutz, Sgier, Spagnolatti, Stiffler, Stocker, Tomaschett, von Moos



Sitzung vom

17. Juni 2025

Mitgeteilt den

19. Juni 2025

Protokoll Nr.

469/2025

Anfrage Adank

betreffend Wirksamkeit der verstärkten Massnahmen im Zusammenhang mit der Beschaffungskriminalität und der Drogensituation

Antwort der Regierung

Zu Frage 1: Die Regierung ist sich der Bedeutung eines effizienten interkantonalen Datenaustauschs zur Bekämpfung der Kriminalität, insbesondere der Beschaffungskriminalität, bewusst. Verschiedene Kantone sind daran, die Grundlagen für einen automatisierten Datenaustausch im kantonalen Recht zu stärken, so auch der Kanton Graubünden. Entsprechende Bemühungen laufen auch beim Bund. Das Bundesgericht hat im Rahmen seiner jüngeren Rechtsprechung an den Datenaustausch jedoch sehr hohe Anforderungen gestellt. Es hat auch eine Regelung aufgehoben, welche mit der Regelung vergleichbar wäre, welche der Kanton Graubünden im Rahmen der laufenden Teilrevision des Polizeigesetzes einführen wollte. Die Regierung hat deshalb entschieden, die Entwicklung in anderen Kantonen, insbesondere im Kanton Zürich, und die Arbeiten betreffend die "Interkantonale Vereinbarung über den Datenaustausch zum Betrieb gemeinsamer Abfrageplattformen und Datenbanksystemen (PolAP)" abzuwarten, bevor sie entscheidet, wie die elektronische Zusammenarbeit im Polizeibereich im Kanton Graubünden zukünftig geregelt werden soll. Die Regierung nimmt zur Kenntnis, dass die Anfragerin und die mitunterzeichnenden Mitglieder des Grossen Rats die Verbesserung des Datenaustauschs ebenfalls als notwendig erachten. Allerdings sind im Gegensatz dazu die Meinungen betreffend Datenaustausch widersprüchlich, so beispielsweise in Zusammenhang mit der aktuellen Revision des Polizeigesetzes (Einführung kantonales Bedrohungsmanagement, automatisierten Fahrzeugerkennung usw.). Nur wenn der Gesetzgeber den Datenaustausch für eine effiziente und lösungsorientierte Polizeiarbeit auch unterstützt, erhält die Polizei jene Arbeitsinstrumente in die Hand, die sie für die Wahrnehmung ihrer Kernaufgaben benötigt.

Zu Frage 2: Als attraktiver Arbeitgeber ist die Kantonspolizei jederzeit darauf bedacht, ihre Mitarbeitenden in sämtlichen Herausforderungen entsprechend zu unterstützen und zu begleiten. Der aktuelle Vollbestand zeigt, dass die Erarbeitung der Strategie 2025+ und die Stärkung des HR positiv wirken (siehe auch: <https://jobs.kapo.gr.ch/arbeitgeberin-kapo-graubuenden>).

Zu Frage 3: Das Pilotprojekt "Housing First" startete im August 2024 mit fünf Personen. Polizeiliche Begleitmassnahmen sind kein Bestandteil des Ansatzes (vgl. auch die Antwort zu Anfrage Degiacomi betreffend Wohnsituation von Menschen mit Suchterkrankungen).

Zu Frage 4: Die Strafverfolgungsbehörden sind bestrebt, - in Beachtung der personellen Ressourcen und des rechtlichen Rahmens - sämtliche Handlungsoptionen im Bereich der Ermittlung und Bekämpfung der Kriminalität konsequent auszuschöpfen. Die Schnittstellen werden laufend optimiert. Die Zusammenarbeit mit anderen Behörden (im Kanton, interkantonal, national, international), welche im Betäubungsmittelhandel von zentraler Bedeutung ist, wird stetig intensiviert (Stichwort: Kriminalitätsraum Schweiz). Es werden immer wieder neue Ansätze geprüft und Lösungen aufgebaut (bspw. spezialisiertes Drogenfahndungselement bei der Kantonspolizei, Schaffung eines Gefässes zur Abschöpfung krimineller Vermögenswerte).

Zu Frage 5: Im Kanton Graubünden sind nach Kenntnis der Behörden bisher keine illegalen synthetischen Opioide (wie Fentanyl) aufgetaucht. D.h., dass weder Konsum- und Besitzdelikte noch Handel mit den entsprechenden Substanzen festgestellt werden konnten. Auch sind bisher keine Fälle von missbräuchlicher Anwendung, Verlust oder Verdacht auf Entwendung von Fentanyl-Medikamenten bekannt oder gemeldet worden. Anlässlich der regelmässigen Sitzungen des kantonalen Runden Tisches Sucht findet einerseits ein Austausch über die Lage im Bereich der synthetischen Opioide statt, andererseits wurden auch Vorkehrungen für den Fall des Auftretens der entsprechenden Substanzen, in Anlehnung an den "Massnahmenplan synthetische Opioide" der Stadt Zürich, getroffen.

Zu Frage 6: Die Zurverfügungstellung von zusätzlichen Ressourcen hängt von der Einschätzung der aktuellen Bedrohungslage und den Prioritäten im Kantonshaushalt ab. Die Kriminalitätsbekämpfung ist ein kontinuierliches Anliegen, das bei Bedarf Anpassungen der Ressourcen erfordert. Bei einer signifikanten Zunahme von Beschaffungskriminalität oder dem Auftauchen neuer Drogenprobleme, wie Fentanyl, wird die Regierung die notwendigen Schritte einleiten. Es darf dabei jedoch nicht vergessen werden, dass es nicht ausreicht, bei der Polizei Ressourcen zu schaffen, vielmehr sind auch die in einem Strafverfahren nachgelagerten Behörden (Staatsanwaltschaft, Gericht und Strafvollzug) entsprechend auszustatten.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Dumonda Adank concernent l'efficacità da las mesiras rinforzadas en connex cun la criminalità liada a l'acquisiziun da drogas e cun la situaziun da drogas

Durant la sessiun d'october 2023 ha il Cussegl grond discutà l'incumbensa Adank concernent meds legals efficazis cunter la criminalità liada a l'acquisiziun da drogas ed acceptà quella en il senn da la proposta da la Regenza. La Regenza è vegnida incumbensada d'examinar las mesiras necessarias per rinforzar la pitga repressiva da la strategia da quatter pitgas da la politica da drogas e – sche inditgà – da realisar talas. En cas da basegn duain ultra da quai vegnir dumandadas resursas supplementaras da personal, quai senza restrenscher las mesiras en ils secturs da la prevenziun, da la terapia e da la reduenziun da donns.

En cunvegientscha cun las autoritads chantunales e communalas cumpetentas han ins fatg progress decisivs dapi l'inoltraziun da l'incumbensa. En spezial è vegnida intensivada ed optimada la collavuraziun da la Procura publica cun l'Uffizi da migraziun e cun las autoritads da polizia communalas. Entant che la Polizia chantunala metta ses accent sin il cumbat dal commerzi cun drogas, sa concentrescha la Polizia da la citad da Cuira principalmain sin mesiras preventivas e sin la preschientscha en il spazi public.

Ch'il barat da datas interchantunal funcziunja, è d'importanza centrala; actualmain n'è quel betg pussaivel, quai che restrenscha considerablmain las mesiras preventivas e las capacitads d'investigaziun da la polizia.

Retschertgas statisticas cumprovan che la criminalità liada a l'acquisiziun da drogas resta vinavant sin in nivel aut e stabil. Percunter è la situaziun da personas senza domicil fix sa pegiurada fermamain. Particularmain sin il territori da la citad e da l'aglomeraziun da Cuira n'hai betg dà ina decentralisaziun dal problem; el vegn plitgusch dischlocà stagiunalmain en las chasas da parcar. Er la situaziun a las staziuns è sa midada, perquai che pli e pli personas sa radunan là.

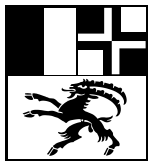
Las autoritads cumpetentas renvieschan ultra da quai al fatg, ch'igl è fitg impurtant da promover persistentamain la prontezza a l'acziun e la motivaziun da lavur da las forzas polizialas. Il rapport da situaziun ch'è vegnì introduci da nov sco er il barat regular tranter la Polizia chantunala e la Polizia da la citad han gidà ad identifitgar puncts centrals temporals e locals, che chaschunan lavur supplementara, en spezial durant ils temps da gronda frequenza il venderdi, la sonda e la notg.

En quest senn supplitgain nus la Regenza da responder las suandantas dumondas:

1. Tge mesiras concretas prenda la Regenza per realisar uschè svelt sco pussaivel il barat da datas interchantunal er per il Grischun e tge posiziun represchenta ella en questa fatschenta?
2. La Polizia chantunala lavura cun il dumber da personal cumplain. Tge pass èn previs per onurar en moda adequata las collavuraturas ed ils collavuratur per la gronda chargia da lavur e per las bleras acziuns durant ils temps da gronda frequenza sco er per far frunt ad ina fluctuaziun da personal nungiavischada?
3. En la regiun èn vegnidas endrizzadas tschintg abitaziuns assistidas che porschan ina plivalur considerabla sco mesira da distgargia. Han ins gia dumandà directamain las vischnancas, sch'ellas pon metter a disposiziun ulteriuras abitaziuns assistidas, e tge mesiras da sustegn polizialas èn previsas per questas abitaziuns?
4. Vegnan exauridas consequentamain tut las opziuns d'agir legalas en il sector da l'investigaziun e dal cumbat?
5. En vista a la gronda preschientscha da la nova droga fentanil en las medias sa tschenta la dumonda, tge mesiras specificas che vegnan prendidas en il Grischun. Han ins gia constatà cas regiunals dal commerzi u dal consum da fentanil?
6. Planisescha la Regenza da metter a disposiziun ulteriuras resursas finanzialas e personalas a favur da la pitga repressiva en il rom dal cumbat cunter la criminalità liada a l'acquisiziun da drogas e cunter l'abus da drogas?

Cuira, ils 24 d'avrigl 2025

Adank, Crameri, Pfäffli, Battaglia, Berthod, Berweger, Brandenburger-Caderas, Candrian, Casutt, Cortesi, Della Cà, Derungs (Lumbrein), Durisch, Furger, Gort, Grass, Heim, Koch, Kohler, Lehner, Maissen, Menghini-Inauen, Metzger (Zuoz), Rauch, Righetti, Roffler, Schutz, Sgier, Spagnolatti, Stiffler, Stocker, Tomaschett, von Moos



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

17 da zercladur 2025

19 da zercladur 2025

469/2025

Dumonda Adank

concernent l'efficacitad da las mesiras rinforzadas en connex cun la criminalitad liada a l'acquisiziun da drogas e cun la situaziun da drogas

Resposta da la Regenza

Tar la dumonda 1: La Regenza è conscienta da l'importanza d'in barat da datas inter-chantunal effizient per cumbatter la criminalitad, en spezial la criminalitad liada a l'acquisiziun da drogas. Differents chantuns èn londervi da rinforzar las basas en il dretg chantunal per in barat da datas automatisà, uschia er il chantun Grischun. Stentas correspundentas vegnan fatgas er tar la Confederaziun. En il rom da sia giurisdicziun pli nova ha il Tribunal federal dentant definì fitg grondas pretensiuns envers il barat da datas. El ha er abolì ina regulaziun che fiss cumparegliabla cun la regulaziun ch'il chantun Grischun vuleva introducir en il rom da la revisiun parziala currenta da la Lescha da polizia. Perquai ha la Regenza decidì da spetgar ils svilups en auters chantuns, en spezial en il chantun Turgov, sco er las lavurs concernent la «Cunvegna interchantunala davart il barat da datas per manar plattafurmas da retschertga e systems da bancas da datas cuminaivels», avant ch'ella decida, co che la collavuraziun electronica en il sector da polizia duai vegnir reglada en l'avegnir en il chantun Grischun. La Regenza prenda enconuschientscha dal fatg, che la petenta e las consutsegnadras ed ils consutsegnaders dal Cussegl grond èn er da l'avis, ch'i saja necessari da meglierar il barat da datas. Cuntrari a quai èn però las opiniuns concernent il barat da datas cuntradictorias, uschia per exempel en connex cun la revisiun actuala da la Lescha da polizia (introducziun dal management chantunal da smanatschas, retschertga automatisada da vehichels e.u.v.). Mo sch'il legislatur sustegna er il barat da datas per ina lavur poliziala effizienta ch'è orientada a soluziuns, survegn la polizia ils instruments da lavur ch'ella dovra per ademplir sias incumbensas centralas.

Tar la dumonda 2: Sco patruna attractiva guarda la Polizia chantunala da tut temp, che sias collavuraturas e ses collavuraders vegnian sustegnids ed accompagnads correspudentamain durant tut las sfidas. Il dumber da persunal cumplain actual mussa, che l'elavuraziun da la Strategia 2025+ ed il rinforzament da HR han in effect positiv (guardar er: <https://jobs.kapo.gr.ch/arbeitgeberin-ka-po-graubuenden>).

Tar la dumonda 3: Il project da pilot «Housing First» ha cumenzà l'avust 2024 cun tschintg persunas. Mesiras da sustegn polizialas na fan betg part dal concept (cf. er

la risposta a la dumonda Degiacomi concernent la situaziun d'abitar da persunas cun malsognas da dipendenza).

Tar la dumonda 4: Resguardond las resursas persunalas ed il rom giuridic sa stentan las autoritads da persecuziun penala d'exaurir consequentamain tut las opziuns d'agir en il sector da l'inquisiziun e dal cumbat da la criminalitad. Ils puncts da contact vegnan optimads cuntinuadamain. La collavuraziun cun autras autoritads (sin plaun chantunal, interchantunal, naziunal, internaziunal), ch'èn d'ina impurtanza centrala en il commerzi cun narcotics, vegn intensivada permanentamain (chavazzin: territori da criminalitad Svizra). I vegnan adina puspè examinadas novas propostas ed elavuradas novas soluziuns (p.ex. element spezialisà per l'investigaziun da narcotics tar la Polizia chantunala, creaziun d'ina structura per prelevar valurs da facultad criminalas).

Tar la dumonda 5: Tenor l'enconuschientscha da las autoritads n'han ins fin ussa chattà nagins opioids sintetics illegals (sco fentanil) en il chantun Grischun. Q.v.d. ch'ins n'ha pudì constatar ni delicts da consum e da possess ni il commerzi cun las substanzas correspundentas. Er n'èn fin ussa betg vegnids enconuschents u annunziads cas d'applicaziun abusiva, da perdita u d'in enguladitsch suspectà da medicaments da fentanil. A chaschun da las sesidas regularas da la maisa radunda chantunala Dipendenzas vegnan d'ina vart barattadas infurmaziuns davart la situaziun en il sector dals opioids sintetics. Da l'autra vart vegnan er prendidas mesiras per il cas che las substanzas correspundentas vegnissan constatadas en il Grischun, quai analogamain al Plan da mesiras concernent opioids sintetics da la citad da Turitg.

Tar la dumonda 6: Schebain i vegnan messas a disposiziun resursas supplementaras, dependa da la valitaziun da la situaziun da smanatscha actuala e da las prioritads da las finanzas chantunalas. Il cumbat cunter la criminalitad è ina incumbensa permanenta. En cas da basegn d'adattaziun da las resursas. Sche la criminalitad liada a l'acquisiziun da drogas s'augmenta signifitgantamain u sch'i sa mussan novs problems da drogas, sco fentanil, vegn la Regenza ad instradar ils pass necessaris. Ins na dastga dentant betg emblidar, ch'i na basta betg da stgaffir resursas tar la polizia. Anzi, er las proximas autoritads en la procedura penala (procura publica, dretgira, stabiliments giudizials) ston survegnir las resursas correspundentas.



En num da la Regenza

Il president:

Marcus Caduff

Il cancellier:

Daniel Spadin

Interpellanza Adank concernente l'efficacia delle misure rafforzate in relazione alla criminalità legata all'acquisto di stupefacenti e alla situazione relativa alle droghe

Nella sessione di ottobre 2023 l'incarico Adank concernente mezzi efficaci contro la criminalità legata all'acquisto di stupefacenti è stato discusso e accolto secondo quanto richiesto dal Governo. Il Governo è stato quindi incaricato di prendere in esame e, se indicato, di attuare le misure necessarie per rafforzare il pilastro "repressione" della strategia basata sui quattro pilastri della politica delle droghe. In caso di necessità andrebbero inoltre richieste risorse supplementari in termini di personale, senza pregiudicare le misure nei settori prevenzione, terapia e riduzione dei danni.

In accordo con le autorità cantonali e comunali competenti, dalla presentazione dell'incarico sono stati compiuti notevoli progressi. In particolare la collaborazione tra la Procura pubblica, l'Ufficio della migrazione e le autorità di polizia comunali si è ulteriormente intensificata e ottimizzata. Mentre la Polizia cantonale si focalizza sulla lotta al traffico di droga, la Polizia della Città di Coira si concentra principalmente sulle misure di prevenzione e sulla presenza negli spazi pubblici.

Uno scambio di dati intercantonale funzionante riveste un'importanza fondamentale; l'attuale impossibilità di scambiare dati con altri Cantoni limita considerevolmente le capacità di indagine della polizia e le misure preventive.

Rilevamenti statistici dimostrano che la criminalità legata all'acquisto di stupefacenti rimane stabile a un livello elevato. Per contro, la situazione delle persone senza fissa dimora è nettamente peggiorata. In particolare nel territorio della Città di Coira e nel suo agglomerato non è stata registrata una decentralizzazione del problema; si evidenzia piuttosto uno spostamento stagionale verso gli autosili. Anche la situazione presso le stazioni ferroviarie è cambiata a seguito dei crescenti assembramenti di persone.

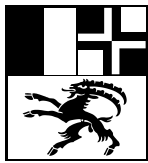
Le autorità competenti fanno inoltre osservare che è di notevole importanza promuovere a lungo termine la prontezza d'intervento e la motivazione delle forze di polizia. Il nuovo rapporto sulla situazione nonché gli scambi regolari tra la Polizia della Città di Coira e la Polizia cantonale hanno contribuito a identificare dove e quando si verificano situazioni critiche che comportano considerevoli oneri supplementari, in particolare durante gli orari di punta del venerdì e del sabato, nonché nelle ore notturne.

In considerazione di ciò chiediamo al Governo di rispondere alle seguenti domande:

1. Quali misure concrete adotta il Governo per realizzare il più presto possibile, anche per i Grigioni, lo scambio di dati intercantonale e qual è la sua posizione a questo proposito?
2. La Polizia cantonale presenta un effettivo completo. Quali passi sono previsti per ricompensare adeguatamente il carico elevato delle collaboratrici e dei collaboratori e i frequenti interventi durante gli orari di punta nonché per contrastare una fluttuazione indesiderata del personale?
3. Nella regione sono stati realizzati cinque appartamenti protetti che quale misura di sgravio offrono un valore aggiunto considerevole. I comuni sono già stati interrogati direttamente in merito alla possibilità di mettere a disposizione ulteriori appartamenti protetti e quali misure di accompagnamento di polizia sono previste per queste strutture?
4. Tutte le opzioni operative previste dalla legge nel settore dell'indagine e della lotta sono state sfruttate in modo sistematico?
5. In considerazione dell'elevata presenza mediatica del nuovo stupefacente fentanyl, si pone la questione di quali provvedimenti specifici vengano adottati nei Grigioni. Sono già stati riscontrati casi di commercio o di consumo di fentanyl a livello regionale?
6. Il Governo prevede di mettere a disposizione del pilastro "repressione" ulteriori risorse finanziarie e di personale nel quadro della lotta alla criminalità legata all'acquisto di stupefacenti e all'abuso di droghe?

Coira, 24 aprile 2025

Adank, Cramer, Pfäffli, Battaglia, Berthod, Berweger, Brandenburger-Caderas, Candrian, Casutt, Cortesi, Della Cà, Derungs (Lumbrein), Durisch, Furger, Gort, Grass, Heim, Koch, Kohler, Lehner, Maissen, Menghini-Inauen, Metzger (Zuoz), Rauch, Righetti, Roffler, Schutz, Sgier, Spagnolatti, Stiffler, Stocker, Tomaschett, von Moos



Seduta del

17 giugno 2025

Comunicato il

19 giugno 2025

Protocollo n.

469/2025

Interpellanza Adank

concernente l'efficacia delle misure rafforzate in relazione alla criminalità legata all'acquisto di stupefacenti e alla situazione relativa alle droghe

Risposta del Governo

In merito alla domanda 1: il Governo è consapevole dell'importanza di uno scambio di dati intercantonale efficiente ai fini della lotta alla criminalità, in particolare alla criminalità legata all'acquisto di stupefacenti. Diversi Cantoni, tra questi anche il Cantone dei Grigioni, stanno rafforzando le basi per uno scambio di dati automatizzato nel diritto cantonale. Anche a livello federale sono in corso sforzi in questo senso. Tuttavia, nella sua giurisprudenza più recente il Tribunale federale ha posto requisiti molto elevati allo scambio di dati. Esso ha anche annullato una regolamentazione paragonabile a quella che il Cantone dei Grigioni intendeva introdurre nel quadro della revisione parziale della legge sulla polizia attualmente in corso. Il Governo ha perciò deciso di attendere gli sviluppi in altri Cantoni, in particolare nel Cantone di Zurigo, e i lavori concernenti il «Concordato intercantonale sullo scambio di dati per l'esercizio di piattaforme di interrogazione e di sistemi di banche dati comuni (POLAP)», prima di decidere come andrà disciplinata in futuro la collaborazione elettronica nel settore della polizia nel Cantone dei Grigioni. Il Governo prende atto del fatto che anche l'interpellante e i membri del Gran Consiglio cofirmatari ritengono necessario migliorare lo scambio di dati. Tuttavia le opinioni relative allo scambio di dati sono contraddittorie, ad esempio in relazione alla revisione attualmente in corso della legge sulla polizia (introduzione della gestione cantonale delle minacce, riconoscimento automatico dei veicoli, ecc.). Solo se anche il legislatore sostiene lo scambio di dati al fine di un lavoro di polizia efficiente e orientato alle soluzioni, la polizia potrà disporre degli strumenti di lavoro di cui necessita per adempiere ai propri compiti principali.

In merito alla domanda 2: in quanto datrice di lavoro attrattiva, la Polizia cantonale si impegna costantemente a sostenere e accompagnare in modo adeguato le proprie collaboratrici e i propri collaboratori nell'affrontare ogni sfida. L'attuale effettivo completo mostra che l'elaborazione della strategia 2025+ e il rafforzamento dell'HR hanno effetti positivi (vedi anche: <https://jobs.kapo.gr.ch/it/la-polca-dei-grigioni-e-la-mia-datrice-di-lavoro>).

In merito alla domanda 3: il progetto pilota «housing first» è stato avviato nell'agosto 2024 con cinque persone. Misure di accompagnamento di polizia non sono parte integrante dell'approccio (cfr. anche la risposta all'interpellanza Degiacomi concernente la situazione abitativa delle persone affette da dipendenza).

In merito alla domanda 4: nel rispetto delle risorse in termini di personale e del quadro giuridico, le autorità di perseguimento penale si impegnano a sfruttare in modo sistematico tutte le opzioni operative nel settore dell'indagine e della lotta alla criminalità. Le interfacce vengono ottimizzate su base continua. La collaborazione con altre autorità (a livello cantonale, intercantionale, nazionale, internazionale), di fondamentale importanza nel commercio di stupefacenti, viene costantemente intensificata (parola chiave: spazio di criminalità Svizzera). Vengono esaminati costantemente nuovi approcci e sviluppate soluzioni (ad es. squadra antidroga specializzata presso la Polizia cantonale, creazione di un mezzo per il recupero di beni illeciti).

In merito alla domanda 5: secondo le informazioni note alle autorità, nel Cantone dei Grigioni finora non sono stati riscontrati oppioidi sintetici illegali (come il fentanyl). Vale a dire che non sono stati accertati né reati legati al consumo e al possesso, né il commercio delle corrispondenti sostanze. Inoltre, non sono noti o non sono stati segnalati casi di uso abusivo, perdita o sospetto di furto di farmaci a base di fentanyl. In occasione delle riunioni regolari della tavola rotonda cantonale sulle dipendenze, da un lato viene discusso riguardo alla situazione nel settore degli oppioidi sintetici, d'altro lato sono anche stati adottati provvedimenti in caso di rilevamento delle corrispondenti sostanze, rifacendosi al piano di misure per gli oppiacei sintetici «Massnahmenplan synthetische Opioidee» elaborato dalla Città di Zurigo.

In merito alla domanda 6: la messa a disposizione di risorse aggiuntive dipende dalla valutazione della situazione di minaccia attuale e dalle priorità attribuite nel bilancio cantonale. La lotta alla criminalità rappresenta un'esigenza costante che, se necessario, richiede adeguamenti delle risorse. In caso di aumento significativo della criminalità legata all'acquisto di stupefacenti o di nuovi problemi legati a droghe, come il fentanyl, il Governo adotterà provvedimenti necessari. In questo contesto, tuttavia, non bisogna dimenticare che non è sufficiente creare risorse solo per la polizia. È altrettanto importante dotare adeguatamente anche le altre autorità coinvolte nel procedimento penale (Procura pubblica, tribunale e autorità di esecuzione delle pene).



In nome del Governo

Il Presidente:

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

Daniel Spadin